



BÜRGERNÄHE

Wählergemeinschaft für Bielefeld e. V.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in wohl kaum einer anderen Stadt wie Bielefeld engagieren sich so zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in Bürgerinitiativen. Auch wir haben den Schritt in die Bielefelder Kommunalpolitik aus unserem Engagement in BürgerInnen-Initiativen heraus gewagt.

Gründe hierfür sind u.a. die anhaltende "Flickschusterei" in der Bielefelder Stadtentwicklung, ohne ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept, die Umsetzung von Straßenplanungen aus den sechziger Jahren, ohne Berücksichtigung der Notwendigkeiten zum Klimaschutz, zur Luftreinhaltung sowie der Lärminderung in unserer Stadt. Der Sozialabbau zugunsten der Besserverdienenden und vor allem zu Lasten unserer Kinder und Jugendli-

chen auf Landes- und Bundesebene sorgt auch in Bielefeld für zunehmende Ungerechtigkeiten, Chancenungleichheit und soziale Problemlagen.

Mit dieser Politik ist die Verdrossenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern gestiegen. Die etablierten Parteien sind für uns einfach nicht mehr wählbar. Wir haben uns deshalb dafür entschieden, die Zukunft unserer Stadt selbst mitzugestalten und darüber mitzuentcheiden. Der Weg ist unsere Wählergemeinschaft **BÜRGERNÄHE!**

Wir wollen Bürgerinitiativen im Stadtrat vertreten, informieren und an politischen Entscheidungen beteiligen. Dabei ist für uns das Engagement in Bürgerinitiativen von besonderer Bedeutung. Durch dieses persönliche Engagement wird die Grundlage für die notwendige Mitwirkungs- und Entscheidungskompetenz individuell in jedem einzelnen Stadtteil und somit in unserer gesamten Stadt geschaffen!

Wir wollen Sie heute über unsere Standpunkte, Aktivitäten und Ziele informieren. Wir wollen Sie motivieren, mit uns aktiv zu werden! Kandidieren Sie deshalb mit uns für mehr Bürgernähe in Ihrer Bezirksvertretung und im Stadtrat. Denn unsere erfolgreiche Ratsarbeit braucht Informationen und Unterstützung aus Ihrem Stadtteil.

Martin Schmelz

Harald Wixforth

Ihre Vertreter im Rat der Stadt Bielefeld

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Eberhard David,

es ist schon eine Brückierung von Bürgerinnen und Bürgern, vor der Kenntnisnahme aller Inhalte der Einwendungen gegen den Bau der L712n dem Landesbetrieb Straßen NRW zu dieser Planung eine positive Stellungnahme für die Stadt Bielefeld abzugeben. Statt der versprochenen Bürgernähe stoßen Sie, Herr Oberbürgermeister, die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger wieder mal vor den Kopf und fördern damit die zunehmende Politikverdrossenheit. Denn zum demokratischen Umgang einer Planung gehört auch, dass Politik und Verwaltung vor einer letzten Entscheidung die von Bürgerinnen und Bürgern eingebrachten Einwendungen sorgfältig prüfen.

Außerdem zeugt es von Ignoranz gegenüber den Realitäten, wie die Diskussion bei Ihnen und in Ihrer Verwaltung, dem Landesbetrieb Straßen, sowie der CDU, SPD und anderen Parteien über die Planung dieser neuen Straße geführt wird. Die aktuellen Erfahrungen an und um die Detmolder Straße und die Notwendigkeiten für den Klimaschutz bleiben unberücksichtigt. Auch ohne die Detmolder Straße, und sogar ohne die Teutoburger und August-Bebel-Straße läuft der Verkehr auf Bielefelder Straßen weiter, und das ohne größere Probleme! Dies ist der offensichtliche Beleg dafür, dass wir eine andere Detmolder Straße als geplant benötigen und, dass wir die L712n und eine breitere Herforder Straße gar nicht brauchen!

Schon heute reicht das Geld für die Instandhaltung des bestehenden Straßennetzes nicht aus. Gut 300 Millionen Euro wären dafür nötig! Trotzdem planen Sie neue und breitere Straßen für Bielefeld! Und das Ganze bei abnehmendem Verkehr!

*Die L712n würde unnötigerweise wesentliche Teile von Natur und Landschaft zerstören und den Bielefelder Bürgerinnen und Bürgern insgesamt große Nachteile bringen. Bedenken Sie: **Die Natur braucht uns nicht, aber wir brauchen die Natur!***

Aktive BürgerInneninitiativen haben Alternativen aufgezeigt. Sie sollten deshalb wie wir den Landesbetrieb auffordern, mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen offenen und ehrlichen Dialog zu treten. Zu jeder Planung gibt es noch bessere Alternativen! Man muss sie nur wollen und suchen!

Bielefelder Bildungs- und Freizeitmeile (BBFM)

„Power für die Bielefelder Oststadt!“

BÜRGERNÄHE ist für eine nachhaltige Stadtplanung

Eine zukunftsweisende Stadtplanung muss ökologisch vertretbar und nachhaltig sein. Sie soll sich zudem auf bisherige städtebauliche Problemareale in der Bielefelder Innenstadt und den angrenzenden innenstadtnahen Vierteln im Bielefelder Osten konzentrieren.

Kristallisationspunkt FH

Die Ratsmitglieder von **BÜRGERNÄHE** wollen als Standort für die Fachhochschule weiterhin den Bielefelder Osten. Die Fachhochschule hat eine eigenständige Bedeutung und ihr eigenes Profil.

Wichtige Kooperationspartner, um den derzeitigen und zukünftigen Mangel in den Ingenieurberufen zu beheben, sind dabei die Berufskollegs und Technologiezentren. Die Möglichkeiten für einen Wissenstransfer auf dem Campus BI-Ost (FH, vier Carl-Severing-Berufskollegs und VHS) „auf kurzen Wegen“ wollen wir erhalten und weiter entwickeln.

Kristallisationspunkt „Haus der Bildung“

Wir wollen ein Haus der Bildung im bisher leerstehenden Postgebäude, Herforder Straße/Ecke Friedrich-Ebert-Straße. Das Gebäude der Post bietet eine direkte Anbindung an die Stadtbahn und ist durch seine Ambiente und seine Atmosphäre für ein Haus der Bildung gut geeignet!

Kristallisationspunkt Kesselbrink

Der Skandal: Keine andere Stadt von der Größenordnung Bielefelds leistet sich den Luxus, ein solches Areal wie den Kesselbrink samt angrenzendem Neumarkt und Schlachthofviertel jahrelang so ungenutzt verkommen zu lassen! **BÜRGERNÄHE** will den Kesselbrink und die angrenzenden Areale durch eine Stadtbahnlinie sowie attraktive Fuß- und Radwege verkehrstechnisch neu erschließen und dadurch erheblich aufwerten.

Wir wollen einen Platz von Bürgern für Bürger, einen Platz, geplant von Bielefeldern für Bielefelder!

Ein zentraler Punkt ist eine attraktive Stadtbahnhaltestelle mit wichtiger Marketingfunktion für auswärtige Besucher auf dem Weg zwischen Hauptbahnhof, der Bielefelder Innenstadt und der Ravensberger Spinnerei, sowie den vier Carl-Severing-Berufskollegs, der Seidenstickerhalle und des Ostbahnhofs. Die Stadtbahnbindung ersetzt hierbei eine erhebliche Anzahl von Parkplätzen.

Eine Skater-Plaza, der Wochenmarkt, viel Grün und weitere kostenlose Freizeitangebote für alle Altersgruppen vom Kleinkind bis zum Rentner (Spielplätze, Volleyball, Tischtennis, Schach, Bowling/Kegeln, Boule-Bahn etc.) sichern eine weitestgehende Nutzung und Auslastung. Sie bewirken, dass Bielefelder auch ihre Freizeit in unserer Stadt verbringen.

Die Planung mit Anwohnerinnen und Anwohnern des Stadtteils verspricht die beste Belegung und Nutzung und damit auch die höchste gefühlte Sicherheit.

Der zukünftige Kesselbrink soll die Aufenthaltsqualität für Bielefelder Familien, Kinder und Senioren in der Bielefelder Innenstadt erhöhen.



Stadtbahnlinie Heepen: 1. Priorität

Der Anschluss des Kesselbrinks an das U- bzw. Stadtbahnnetz wird an den Haltestellen Hauptbahnhof oder Jahnplatz hergestellt. Die Stadtbahnhaltestelle Kesselbrink wird die kulturellen Einrichtungen (VHS, Museum Hülsmann, Lichtwerk, Hechelei, etc.) wesentlich besser als bisher in das ÖPNV-Netz einbinden.

Optimal ist eine Weiterführung der Trasse in Richtung Fachhochschule - Berufskollegs - Seidenstickerhalle. Mit dem Bahnhof Bielefeld-Ost und dem Ortsteil Heepen werden Stadtteile mit einem großen Anteil von Pendlern in die Bielefelder Innenstadt an das Stadtbahnnetz angeschlossen!

Die Bielefelder Bildungs- und Freizeitmeile

Die direkte Anbindung vom „Haus der Bildung“, dem Kesselbrink, dem Ravensberger Park mit VHS, einer Eisbahn, dem Wiesenbad, der Fachhochschule, der Carl-Severing-Berufskollegs, der Seidenstickerhalle und des Ostbahnhofs an das Stadtbahnnetz ist die Durchschlagung eines „gordischen Knotens“, der bisher eine sinnvolle und auch ökologisch verträgliche Stadtplanung und Infrastrukturpolitik in diesem wichtigen Teil Bielefelds verhinderte.



Harald Wixforth:

"Nicht nur der Bielefelder Westen, sondern auch der Bielefelder Osten und damit die ganze Stadt sollen von den wichtigen Zukunfts-Investitionen in den Bildungsstandort Bielefeld profitieren !"

100% erneuerbare Energien für Bielefeld und Ostwestfalen sind unser Ziel!

Wir können es schaffen! Wir werden es schaffen!

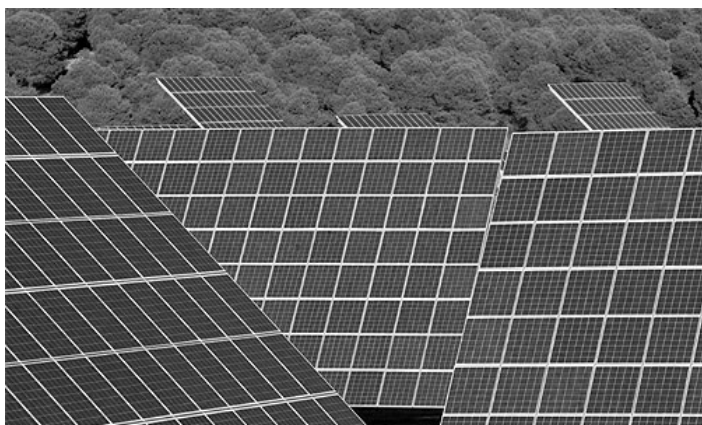
Die drastischen Auswirkungen und Gefahren des Klimawandels sind uns allen mit dem UN-Klimabericht Ende 2007 noch einmal deutlich aufgezeigt worden. **Wetterbedingte Naturkatastrophen und volkswirtschaftliche Schäden werden auch an Bielefeld nicht vorbeigehen. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, auch in Bielefeld eine deutliche Trendwende für den Klimaschutz zu bewirken.**

Das heutige Ziel der Bielefelder Politik ist bis 2020 eine 40%-ige CO₂-Reduzierung und eine 20%-ige Nutzung von Erneuerbaren Energien. **Das ist uns nicht genug!**

Heute gibt es bereits rund einhundert Regionen und Kommunen in Deutschland, die sich das Ziel gesetzt haben, ihre Energieversorgung mittel- bis langfristig zu **100% aus Erneuerbaren Energien (EE)** zu bestreiten! Diese Projekte gehen weit über den Bielefelder Ratsbeschluss zum Klimaschutz hinaus. Eine 100%-EE-Region deckt ihren Energiebedarf vollständig aus Erneuerbaren Energien, wirtschaftet energieeffizient und nutzt die regionalen Möglichkeiten umfassend.

**Nur wer das scheinbar Unmögliche fordert,
wird das Mögliche erreichen!**

Das 100%-EE-Ziel ist einer positiven Wirtschafts- und Regionalentwicklung verbunden. Es schafft vor Ort Einkommen, denn das investierte und erwirtschaftete Kapital bleibt in unserer Stadt und unserer Region. Durch das rasche Steigen der Energiekosten bei gleichzeitigem Sinken der Kosten für Erneuerbare Energien sind letztere für private Haushalte und für die Industrie konkurrenzfähig. Deshalb setzen wir uns als Ratsmitglieder von



**Erneuerbare Energien sind der Motor der
Stadt- und Regionalentwicklung und schaffen
zukunftssichere Arbeitsplätze und
Einkommen!**

BÜRGERNÄHE für die 100%-ige Versorgung der städtischen Gebäude und Behörden aus regionalen Erneuerbaren Energien ein!

Die Stadtwerke haben die Aufgabe, ähnlich wie das Konzept moBiel 2030 ein Energiekonzept 2030 zu entwickeln, ohne den Einsatz von Kohle und Atomenergie.

Dies ist möglich durch die Reduzierung des Energieverbrauchs und die kombinierte Nutzung verschiedener Technologien zur Nutzung von Wind, Biomasse, Sonne, Wasser und Erdwärme.



**Unser Ziel ist eine
100%-Erneuerbare-Energie-Region OWL!**

Angestrebt wird aber keine Bielefelder Inselösung, losgelöst von anderen Netzverbänden. Vielmehr ist es unser Ziel, dass sich Bielefeld und Ostwestfalen mit anderen 100%-Erneuerbaren-Energie-Regionen vernetzt.

Die dezentrale Energieversorgung durch verhältnismäßig kleine Anlagen, die sich schnell installieren lassen, kann schon heute optimal dem regional unterschiedlichen Energiebedarf angepasst werden. Ihr Ausbau reduziert zugleich den Bedarf an neuen konventionellen Kraftwerken. Große Windparks in ländlichen Regionen oder auf dem Meer (off-shore), PV-Freiflächenanlagen oder Wasserkraftwerke sorgen für einen regionalen Ausgleich von Energieverfügbarkeit, -erzeugung und -nutzung, der an jedem Standort auch jederzeit gewährleistet werden kann.

Für eine 100%-EE-Region ist auch der ökologisch verträglichste Übergang zur Elektromobilität gesichert. Neben einer emissionsfreien Fortbewegung durch Fuß- und Radverkehr sind Elektroantriebe im Öffentlichen Personenverkehr mit Bahnen und Bussen auch die Zukunft für den motorisierten Individualverkehr.

**Wir fragen uns: Was nützt es, wenn die
angestrebten Bielefelder CO₂-Einsparungen bei der
Energiegewinnung und Wärmedämmung durch
noch mehr Autoverkehr auf neuen Bielefelder
Straßen wieder aufgeessen werden?**

Sachzwänge

gibt es nur dort, wo Naturgesetze wirksam sind. Alles andere sind Denkwänge! Die im Bereich des Verkehrs angenommenen Sachzwänge sind nichts anderes als eine Form von Kapitulation, eine Form von Denkfaulheit, die sich angenommenen Denkwängen freiwillig unterwirft. Es ist die Abschaltung von denkbaren Alternativen. Eine solche Politik hat ihre Gestaltungsfreiheit schon aufgegeben!

Der Goldesel MVA wird heute vor allem von EON gemolken,

und zwar mit den Gebühren der Bielefelder und anderer Steuerzahler.

Viel dümmmer kann man sich wohl kaum gegenüber den Medien stellen, wenn man als Geschäftsführer der Interargem gegenüber dem ZDF behauptet, man wisse weder, welchen Gewinn die MVA Bielefeld erwirtschaftet, noch, ob Müllverbrennung ein gutes Geschäft sei. Im ZDF-Politmagazin „Frontal 21“ (Oktober 2008) hatte der Geschäftsführer der Interargem, Rolf Kaufmann, auf diesbezügliche Fragen geantwortet, er wisse es nicht „aus dem Kopf“.

Auch unser Oberbürgermeister hat noch die Frage zu beantworten, warum er sich gegenüber dem ZDF bei der Recherche über zu hohe Müllgebühren in Bielefeld offensichtlich mehrmals einer öffentlichen Stellungnahme entzogen hat, anstatt eindeutig Stellung zu beziehen. Das war reinste Negativwerbung für Bielefeld, und zwar bundesweit!

Das klingt zu Recht nach Verschleiern der Fakten über die Verwendung der Millionengewinne aus der Bielefelder Abfallentsorgung, möglicherweise zu Lasten der Bielefelder Bürgerinnen und Bürger. Erst jetzt zu prüfen, ob die Stadt mit den Abfallgebühren rechtlich auf der sicheren Seite ist, ist ziemlich spät und hat bereits zu einem Vertrauensverlust bei den Bürgerinnen und Bürgern geführt.

Am Beispiel der MVA wird deutlich: Alles, was sich privatisieren lässt, verspricht auch hohe Renditen. Öffentliche Einrichtungen und Gebäude kann man nur einmal verkaufen, Gewinne sprudeln dagegen jährlich,

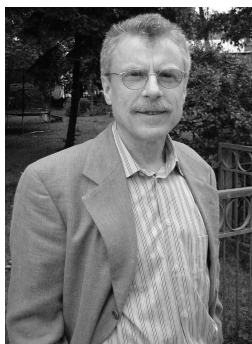
zunehmend in die Kassen der privaten Unternehmen, statt in den städtischen Haushalt.

Nicht nur die MVA Bielefeld brachte es 2006 auf eine rekordverdächtige Rendite von 35,3 Prozent. Auch der H.F.S. Fond, Inhaber des von der Stadt Bielefeld weitestgehend angemieteten Amerikahauses (u.a. für die geplante Verlagerung der Stadtbibliothek), rechnet mit einer lohnenden Rendite durch das langfristige Mietverhältnis mit der Stadt Bielefeld. „Für unsere Anleger der ,H.F.S. Immobilien Deutschland 11 GmbH & Co. KG zeichnet sich durch die hervorragende Vermietung eine sehr positive Entwicklung ab“, so die Wealth Management Capital Holding GmbH in einer Pressemitteilung vom 02.09.2008.



Martin Schmelz:

"Bürgernähe fordert deshalb einen Stopp der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Gebäude. Statt sich durch die Nutzung von Mietobjekten für kommunale Einrichtungen immer neue privatwirtschaftliche Abhängigkeiten zu schaffen, will BÜRGERNÄHE kommunale Gebäude erhalten und modernisieren. Eigeninitiative und der Erhalt von städtischen Einrichtungen und Immobilien ist langfristig immer von Vorteil!"



Man kann alle Leute eine Zeit lang besch.... und einige Leute die ganze Zeit, aber nicht alle Leute die ganze Zeit.
(Abraham Lincoln)

Soziale Hängematte: In der Realität gibt es sie nur sehr selten!

Eine soziale Hängematte ist bequem, ich muss mich nicht anstrengen und werde von der Gemeinschaft getragen. In der Realität gibt es sie jedoch nur selten, auch wenn Politiker zurzeit wieder davon reden. Sie wollen aber nicht die Realität beschreiben, sondern unseren Sozialstaat als etwas Überzogenes erscheinen lassen, das dringend korrigiert werden muss. Zweitens wollen sie diejenigen als Faulenzer diffamieren, die auf Hilfe angewiesen sind.

Rund jeder zehnte Bürger ist heute auf Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen. Für 8,3 Millionen Hilfsbedürftige gab der Staat 2006 insgesamt 45,6 Milliarden Euro aus. Und die Zahl der Bedürftigen steigt noch immer.

Natürlich gibt es Missbrauch. Letztes Jahr wurden hunderttausend Fälle aufgedeckt. Natürlich darf das nicht sein, und deshalb muss es auch bestraft werden. Aber mit 3 Prozent Missbrauchsfällen liegt die Quote relativ niedrig.

Das, was Politiker und Medien über „Sozial-Abzocker“ und Hartz-IV-Missbrauch berichten, ist jedoch übelste Diffamierung von den in der Regel sehr ehrlichen Hartz-IV-Empfängern. Solche Politiker und Medien versuchen, einen Keil in die Gesellschaft zu treiben, der auf Dauer unser Gemeinwesen zerstören kann. Unsere Stadt und unser Land sind jedoch auf Solidarität angewiesen.

Schon heute werden Hartz-IV-Empfänger zu gemeinnützigen Tätigkeiten herangezogen. Verweigern sie sich, werden Leistungen gestrichen. Wer bei Hartz-IV heute noch kürzen will, handelt verantwortungslos – insbesondere gegenüber unseren Kindern.

SPD fordert Bildungsbericht der Stadt Bielefeld

Wofür braucht es noch einen zusätzlichen Bericht zur vorliegenden Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung? Sind der Sozialbericht und andere Berichte eigentlich schon abgearbeitet? Ist unsere Schulverwaltung nicht mehr in der Lage, eine neutrale, objektive Analyse des Sachstandes zur Schulentwicklungsplanung zu erstellen?

Welche Informationen braucht die SPD eigentlich noch, um unser drei-, mit den Sonderschulen sogar viergliedriges, ungerechtes Schulsystem endlich abzuschaffen?

Man muss schon blind sein, um nicht schon heute offensichtliche besondere soziale Belastungen einiger Bielefelder Schulen zu sehen. Dafür brauchen wir keinen zusätzlichen Bericht, sondern kleinere Klassen und die Unterstützung durch Schulsozialarbeiter!

Aus unserer Sicht sind nicht zusätzliche Berichte gefragt, sondern Problemlösungen für offensichtliche Problemlagen! Dazu hätte die SPD einen Antrag stellen sollen!



In einem Punkt scheint die SPD langsam aufzuwachen: sie wollte Partner, die in der Bildungsregion Bielefeld tätig sind, am Bildungsbericht beteiligen! Warum aber erst ab morgen die Fachleute an der Bielefelder Laborschule, am Oberstufenkolleg und an der Universität an der Bielefelder Schulentwicklungsplanung beteiligen?

Ein zusätzlicher Bildungsbericht aus unserer Sicht: mal wieder ein überflüssiger Antrag von Clausen und seiner SPD!

Für die kostenlose Mittagsverpflegung in unseren Kindertageseinrichtungen und Schulen !

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Schon deshalb haben alle Kinder ein Recht auf eine warme Mittagsmahlzeit. Dass die Notwendigkeit besteht, in Kindertageseinrichtungen und Schulen ein kostenloses Mittagessen flächendeckend einzuführen, ist zumindest schon mal verbaler Konsens. Dass dies nicht nur für bedürftige Kinder aus Steuermitteln finanziert werden muss, dafür findet **BÜRGERNÄHE** im Bielefelder Rat wohl heute (noch) keine Mehrheit.

Die wachsende Kinderarmut darf aber nicht als isoliertes Problem be-

trachtet werden. Armut von Kindern kann nur dann wirksam bekämpft werden, wenn die Armut der Eltern beseitigt wird. Trotz boomender Wirtschaft und sinkender Arbeitslo-



senzahlen wächst die Armut in Bielefeld. Das muss uns zu denken geben!

Mit einer aus Steuermitteln finanzierten Mittagsverpflegung in den Schulen haben wir die große Chance, auf die Gesundheit unserer Kinder positiv Einfluss nehmen zu können. Die Kritik an einer mangelhaften Unterstützung durch die Bun-

des- und Landespolitik reicht nicht aus, solange Politik generell nicht realisiert, dass ein Euro nur einmal ausgegeben werden kann. Nämlich entweder für ein kostenloses Mittagessen für Kinder, Schülerinnen und Schüler oder für den Neubau von Straßen. Beim letzteren sehen sich Politiker regelmäßig unter Zugzwang und reklamieren für sich, Entwicklungen nicht steuern zu können. Zudem scheinen die Geldquellen für den Straßenbau, trotz Verschuldung der öffentlichen Haushalte, offensichtlich nie zu versiegen.

Diesen gleichen Zugzwang wünschen wir uns allerdings auch in der Kinder- und Jugendpolitik, damit alle Kinder eine Zukunftschance haben können!



Es ist ein Jammer, dass die Dummen so selbstsicher sind, und die Klugen so voller Zweifel.
(Bertrand Russel)

Auswirkungen der Finanzkrise für die Stadt Bielefeld: Wir fragen nach!

Die aktuelle Finanzkrise wird noch Entlassungen von Tausenden von Mitarbeitern, vor allem in der Finanzwirtschaft und anderen Dienstleistungsbetrieben, nach sich ziehen. Wie sieht das für Bielefeld aus?

In Metropolen wie New York oder London mit ihren Finanzzentren stehen Millionen von Quadratmetern an Büroflächen inzwischen leer. Aber auch in Frankfurt und Berlin macht man in diesen Tagen die Erfahrung, dass Büroflächen nicht mehr benötigt werden.

Man braucht kein Prophet zu sein um festzustellen, dass diese Entwicklung auch vor Bielefeld nicht Halt machen wird.

Welche Konsequenzen hat die Finanzkrise für die großen städteplanerischen Projekte, wie z.B. "Lange Lage" oder die zukünftige Nutzung des derzeitigen Gebäudes der Stadtbibliothek, falls wir einen Umzug in das Amerikahaus nicht verhindern können? Eine neue Baulücke ist vorprogrammiert!

Welche Auswirkungen hat die aktuelle Finanzkrise für die Schaffung neuer Flächen für die gewerbliche Nutzung durch private Investoren? Die privaten Immobilienfonds in Deutschland werden in absehbarer Zukunft mit ähnlichen Problemen konfrontiert sein, wie heute schon in den USA oder Großbritannien. Daher fordern wir, kommunale Bauprojekte nicht mehr privaten Investoren anzuvertrauen, die immer noch verzweifelt versuchen, ihre Rendite zu steigern.

BÜRGERNÄHE will, dass die Stadt Bielefeld selbst wieder stärker als Bauherr tätig wird!

Problemlösung statt Bielefelder Optik! Die Bielefelder „Tüte“



Alle bisher von Verwaltung und Politik erarbeiteten Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtbildes am Bielefelder Hauptbahnhof und am Eingang zur Stadtbahnhaltestelle („Tüte“) waren nicht mehr als Optik und Augenwischerei. Dort sollten die für einige Politiker „nicht ins Stadtbild passenden“ Menschen verdrängt werden. Eine Problemlösung wurde nicht erarbeitet.

Dabei reicht die "Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Stadt Bielefeld" (OBVO) völlig aus. Denn darin sind das regelmäßige Lagern an denselben Orten, die Behinderung von Passanten sowie aggressives Betteln etc. bereits verboten.

Zudem haben wir vergleichbar problematische Situationen nicht nur punktuell an der „Tüte“, sondern mehr oder weniger flächendeckend in diesem als auch in anderen Stadtteilen. Aufgrund der Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation werden **zukünftig noch mehr statt weniger Menschen ihre persönliche Lebensperspektive in Frage stellen müssen.**

Kriminelles Verhalten, wie Drogenhandel oder sich im öffentlichen Raum der Prostitution feilzubieten, ist auch heute schon strafbar. Auch wenn jemand schwer alkoholisiert ist, andere Menschen belästigt, beleidigt oder angreift macht er sich strafbar. Dafür brauchen wir keine neue Satzung.

Mit einer Flasche Bier in der Hand sich im öffentlichen Raum aufzuhalten, ist zumindest heute in Deutschland noch nicht verboten. Im Gegenteil, aufgrund des Rauchverbots in Kneipen verlagert sich der Alkoholkonsum sogar noch mehr auf die Straße bzw. auf die Bürgersteige vor den Kneipen. Im Gegensatz zu anderen Menschen können es sich die meisten Personen an der „Tüte“ schon aus finanziellen Gründen und Armut nicht leisten, ihren Alkoholkonsum in der öffentlichen Gastronomie zu befriedigen.

Das Problem ist, dass diese Menschen vielen von uns einfach nicht ins Stadtbild passen! Sie haben keine Lobby! Aber nur mit Optik löst man deren und unsere Probleme nicht!

Wie können wir diesen Menschen eine alternative Aufenthalts-Perspektive aufzeigen und dabei gleichzeitig eine effektive Kontrollmöglichkeit bezüglich offenen kriminellen Verhaltens erreichen?

Wir von **BÜRGERNÄHE** haben vorgeschlagen, zu prüfen, in wieweit das Amerikahaus als ortsnahe Anlaufstelle für eine fachliche und soziale Betreuung nutzbar ist. Dort sind aus unserer Sicht alle Voraussetzungen gegeben, diesen Menschen eine Perspektive zu bieten, ohne dass das Problem aus den Augen gerät. Dort können aus unserer Sicht alle notwendigen Hilfen ortsnahe und zentralisiert gebündelt werden.

BÜRGERNÄHE für das Konzept MoBiel 2030

Bielefeld konkurriert mit anderen Städten in NRW beim Ausbau des ÖPNV um die finanzielle Förderung. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt ein deutliches Signal an das Land sendet, dass der ÖPNV- und Stadtbahnausbau gewollt sind. In der Vergangenheit war das jedenfalls nicht so. (Stopp der Planung der Linie 3 nach Theesen durch CDU, FDP und BfB). Bis heute sind weder diese noch andere große Planungen wirklich



vorangetrieben worden.

Bielefeld kann heute peinlicherweise nur zwei wirklich konkrete Planungen für den neu aufzustellenden ÖPNV-Infrastruktur-Finanzierungsplan und das Landesförderprogramm nach Düsseldorf melden, nämlich die Verlängerung der Stadtbahnlinie nach Milse-Ost und den im Zuge des Umbaus der Detmolder Straße geplanten Hochbahnsteig an der Sieker-Endstation.

Die an 3. Stelle stehende geplante Verlängerung der Stadtbahnlinie 4 zur Langen Lage führt noch „auf die Grüne Wiese“, die Planung der Stadtbahnverlängerung nach Theesen ist, zur Zeit jedenfalls noch unwirtschaftlich und deshalb im Vergleich zu wirtschaftlicheren Linien wohl auch nicht förderungswürdig.

Wir meinen, dass wir uns jetzt an den

wirklich wichtigen und notwendigen Stadtbahnausbau über den Kesselbrink nach Heepen trauen müssen und ihn realisieren sollten. Das rechnet sich! Angesichts der Verkehrsprobleme im Bielefelder Osten sollte diese Linie zur „Chefsache“ erklärt werden.

Nur die Stärkung des ÖPNV wird zukünftig Mobilität für alle und die Ziele des Klima- und Lärmschutzes erfüllbar machen. Nicht mehr Straßen, die zu noch mehr Belastungen der Innenstadt führen, sondern ein konsequenter ÖPNV-Ausbau erhöht die Wohn- und Lebensqualität und damit auch die Konkurrenzfähigkeit Bielefelds im demografischen Wandel. Der Erfolg der Stadtbahn in den letzten 15 Jahren - auch in wirtschaftlicher Hinsicht - zeigt, dass Bielefeld von einem Stadtbahnausbau auf vielen Ebenen profitieren wird.

Bezirksvertreter stellen sich vor:

Rudolf Bondzio, Bürgernähe

*Als Mitglied der Landschaftswacht Bielefeld bin ich zur Wählergemeinschaft **BÜRGERNÄHE** gekommen. Seit Oktober 2004 bin ich Mitglied in der Bezirksvertretung Senne und wurde anfangs als "Außenseiter" mit Distanz betrachtet.*

Seit 1944 bin ich in Senne heimisch und kenne Senne I wie meine Westentasche. Diese Kenntnisse kann und konnte ich nutzen, wenn es um Umweltschutz, Dünen, Verkehr, Bebauung, Flugplatz u.a. ging. Durch konstruktive Mitarbeit und ständige Präsenz bei allen Sitzungen und Arbeitsgruppen habe ich mich jetzt in der BZV eingearbeitet. Neben oben genannten Themen sind auch Fragen zur Kinder- und Jugendbetreuung, Schule, Kultur (Partnerschaft Concarneau) und Arbeitswelt eine ständige Herausforderung.

Wichtig war und ist z.B. die Verhinderung des Holzkraftwerkes auf dem Gelände Windel. In diesem Frühjahr war ein wichtiges Thema die Überschwemmung im Siekkamp und um den Schillingshof, bedingt durch Fehler in der Vergangenheit bei der Bachführung des Landwehrbaches.

Da ich als Ruheständler in der Senne ständig unterwegs bin, werde ich von vielen Mitbürgern angesprochen. Vermüllung der Landschaft, Baumschutz (Baumfrevell), Teichsanierung, Wanderwege, Grillplätze, Hundefreilaufflächen z.B. sind einige Themen.

Durch die derzeitige Zusammensetzung der BZV ist auch ein ""Einzelkämpfer" wie ich gefragt.

*Für mich persönlich ist es nach wie vor wichtig, im Gespräch mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern über örtliche Probleme zu reden und möglichst für Abhilfe zu sorgen. Darüber hinaus ist die Vertretung von **BÜRGERNÄHE** auch im Stadtrat sehr wichtig, da dort letztendlich alle wichtigen Entscheidungen fallen.*



Rudolf Bondzio, im Oktober 2008

Bentruper Heide:

Eine Farce der Bielefelder Stadtplanung!

Erst wurde zum Schutz der Menschen vor Lärm und Abgasen eine Umgehungsstraße (der Ostring!) gebaut, und dann wurden 2008 die Flächen direkt neben dieser Hauptverkehrsstraße von der Stadt als Wohngebiet vermarktet.

Trotz eindeutiger Aussagen der Verwaltung bezüglich der Gesundheitsgefährdung durch Lärm in diesem Bereich, hat eine politische Mehrheit im Bielefelder Stadtrat ein neues Wohngebiet „Bentruper Heide“, am Ostring, zusätzlich verlärmte von der A2 beschlossen.

Die Verwaltung weist für die zukünftigen Anwohner eine Belastung durch Verkehrslärm (Bezugsjahr 1999!) zwischen 65 und 70 dB(A) tags und 55 bis 60 dB(A) nachts aus. Das waren bereits 1999 Lärmbelastungen, höher als in typischen Gewerbegebieten. Bei solchen Lärmwerten ist die Stadt zum Schutz von Anliegern eigentlich zu verkehrsbeschränkenden Maßnahmen verpflichtet! In diesem verlärmten Gebiet will zukünftig eine politische Mehrheit jungen Familien ein „neues Zuhause“ bieten!

Noch bevor der Rat darüber entschieden hatte, bot die LEG-Standort- und Projektentwicklungsgesellschaft des Landes NRW in diesem Gebiet Baugrundstücke an und verpflichtete sich, dort einen Kinderspielplatz zu bauen.



Das zukünftige Wohngebiet, direkt an der Umgehungsstraße Ostring ist ein Freiraum, „der sich durch seine Lage für eine Anordnung als Siedlungsraum anbietet“ schreibt die Verwaltung in der Ratsvorlage. Diese Aussage steht im krassen Widerspruch zu den bereits an anderer Stelle der Vorlage gemachten Aussagen bezüglich der Gesundheitsgefährdung durch Lärm. Geplant sind rund 48 Baugrundstücke für Einzel- und Doppelhäuser.

Die Gebäude entlang des Ostrings sind "durch passive Lärmschutzmaßnahmen (schallgedämmte Außenwände,

Dächer, Fenster) vor schädlichen Umgebungseinflüssen zu schützen. Die angestrebten Innenschallpegel können nur erreicht werden, wenn die Fenster geschlossen bleiben, das heißt: **Lüften oder auch Grillen auf der neuen Terrasse sind nicht angesagt, Kinder und Jugendliche sollten sich zum Gesundheitsschutz gegen Lärm und Abgase möglichst nicht im Freien aufhalten!**



Zu den Belastungen durch Lärm und Abgase kommt noch die mangelhafte Infra-

struktur bezüglich der Erreichbarkeit von Schulen und Einkaufsmöglichkeiten hinzu. In der aktuellen Fortschreibung des Nahverkehrsplans Bielefeld ist das Gebiet „Rote Erde/ Lübrasser Weg/ Bentruper Heide als mangelhaft erschlossen dargestellt.

Die Ratsmitglieder, die für dieses Baugebiet gestimmt haben, würden niemals freiwillig in diesem Gebiet wohnen wollen! **Die Ratsgruppe BÜRGERNÄHE hält deshalb eine Zustimmung für ein neues Wohngebiet an dieser Stelle für unverantwortlich!** Mit der erfolgten Zustimmung des Rates sind für die Stadt aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung zur Lärminderung und zum Schutz der Anlieger gegen schädliche und giftige Abgase Konflikte u.a. mit den zukünftigen AnwohnerInnen bereits heute vorprogrammiert!

Aus Sicht von **BÜRGERNÄHE** ist es schlimm, Familien mit Kindern, die vielleicht aus Unkenntnis, Unbekümmertheit oder auch aus Leichtsinn ein Eigenheim dort planen, aus reinem Profitdenken in diese Falle zu locken!

Die Ratsmitglieder von BÜRGERNÄHE setzen sich für konsequenten Gesundheitsschutz für alle Bielefelder ein, insbesondere für Kinder und Jugendliche !

**Deshalb fordern wir :
" Kein neues Wohngebiet am Ostring oder anderen Hauptverkehrsstraßen ! "**

Johannisbachaue und L 712n

Die Johannisbachaue liegt als stadtnahe Naturlandschaft zwischen Schildesche, Brake, Baumheide und Milse. Hier schlängelt sich der Johannisbach durch eine intakte Natur und mündet bei der Milser Mühle in die Lutter. Für Pflanzen und Wildtiere ist dieses Tal ein hochwertiger Lebensraum, während es für Einwohner von Brake und das gesamte Bielefelder Stadtklima wertvolle Frischluft zuführt.

Nach dem Willen von CDU und SPD soll dieses Natur-Kleinod vor allem im Mündungsbereich der Lutter, und im weiteren Bereich der Grafenheider Straße vor Brake durch den Straßenneubau der L 712n gravierend zerstört werden. Diese neue Straße, die von der A2 bis nach Brake zur B 61 geführt werden soll, würde in Milse und Brake hunderte von Menschen durch Lärm und Abgase schädigen. Außerdem würde sie auf ihrem Wege Fauna und Flora eines Landschaftsschutzgebietes schwer schädigen. Dieser Landschaftseingriff ist nicht mehr ausgleichbar!

Die nebenstehend abgebildete Kreuzung soll auf 8 Spuren und 35 m ausgeweitet werden. Dadurch würden die dort lebenden Menschen durch hohe Lärmschutzwände eingekesselt werden soll. Zusätzliche Gefahren entstehen durch schwere Hochwässer, zunehmend aufgrund der Klimaveränderungen.

Die Ratsgruppe **BÜRGERNÄHE** wehrt sich im Verbund mit den dortigen Bürgerinitiativen vehement gegen eine dermaßen menschenverachtende Straßenplanung. Wir fordern CDU, SPD und die Straßenplaner auf, diese Planung zu stoppen und mit den dort lebenden Menschen gemeinsam nach sinnvollen Alternativen zu suchen.



Es ist außerdem für den Bielefelder Steuerzahler nicht nachvollziehbar, warum bei abnehmendem Verkehr, bei Rezession und abnehmender Bevölkerung für derart unsinnige Projekte Millionen Euro unserer Steuergelder verpulvert werden sollen, während es in unseren Schulen oft am Allernötigsten fehlt. Durch eine solche Politik werden unseren Kindern Zukunftschancen vorenthalten. Denn jeden Steuer-Euro kann man auch in Bielefeld nur einmal ausgeben!

Deshalb:

Unterstützen Sie die Ratsgruppe **BÜRGERNÄHE!
Werden Sie aktiv! Setzen Sie sich mit uns für den
Schutz wichtiger Naturräume ein!**

Unsere Kinder werden es uns danken!

Dem Tierschutz mehr Gewicht geben!

Tiere -besonders Wildtiere- können in einem Zirkus nicht artgerecht gehalten werden. Es gibt genug Beispiele für Zirkusbetriebe, die ohne exotische Tiere auskommen. Deshalb darf Zirkusbetrieben mit exotischen Tieren wie Löwen, Krokodilen, Elefanten u.a. in Bielefeld keine Standgenehmigung mehr erteilt werden. Tierschutzorganisationen sollen bei der Prüfung von Zirkussen auf jeden Fall Mitspracherecht haben. Bielefeld soll in dieser Hinsicht dem Beispiel von hessischen Kommunen folgen. Dies sind einige Forderungen der Ratsgruppe **BÜRGERNÄHE**.

Wir wollen, dass auch der uns allen am Herz liegende Tierpark Olderdissen in allen Bereichen die tiergerechtere Haltung überprüft. Fachleute und Tierschützer sollen an den Beratungen beteiligt werden.

Die Ratsgruppe **BÜRGERNÄHE** steht der Nerztierfarm in Vilsendorf sehr kritisch gegenüber. 17000 Nerze werden hier jährlich dem Luxus der Menschen geopfert.



BÜRGERNÄHE ist für die Sanierung des Verwaltungsgebäudes an der August-Bebel-Straße durch den städtischen Immobilien-Service-Betrieb (ISB) in kommunaler Eigenregie.

Wir haben im Gegensatz zu vielen Entscheidungsträgern im Bielefelder Stadtrat nicht die Hoffnung, durch Public Private Partnership (PPP) auf preisgünstigem Weg ein Technisches Dienstleistungszentrum (TDLZ) zu bekommen,“ meint Martin Schmelz, Sprecher der Ratsgruppe der Bielefelder Wählergemeinschaft **BÜRGERNÄHE**. „Diese Hoffnung ist aufgrund zahlreicher Erfahrungen in anderen Kommunen und der aktuellen Finanzkrise aus unserer Sicht völlig fehl am Platz, nicht zuletzt weil Kalkulationen und Verträge im Rahmen von PPP geheim gehalten und den meisten Ratsmitgliedern nicht zugänglich sind.“

Auch private Investoren müssen sich ihr Geld für Investitionen durch Kredite auf dem Finanzmarkt beschaffen. Dadurch ergeben sich für die Stadt Bielefeld durch PPP, statt Effizienzvorteile schnell höhere Kosten und Schulden, während sich die Kassen bei Kapitalgebern und ihren Beratern kräftig füllen. Die derzeitige Banken- und Finanzkrise sind der beste Beweis dafür, wie aus dem Handel mit Krediten mit Staatsgarantien im Rücken auf Kosten des Steuerzahlers skrupellos Kapital geschlagen wird.

BÜRGERNÄHE ist konsequent gegen die zunehmende Abhängigkeit der Stadt von privaten Investoren und Dienstleistungen. Wie beim TDLZ will Bürgernähe auch bei der Sanierung und Erweiterung der Stadtbibliothek eine Eigenbau-Lösung am jetzigen Standort. „Die Nutzung des Amerikahauses durch Teile der Verwaltung darf konsequenterweise nur eine Übergangslösung für einen Eigenbau sein, um nicht Jahrzehnte lang von Privatinvestoren und deren Mietforderungen abhängig zu sein.“

Deckel für das Max-Planck Gymnasium ist Quatsch!

„Die Kosten für die Sanierung des Max-Planck-Gymnasiums auf 9,55 Millionen Euro deckeln zu wollen ist Quatsch“, meint Martin Schmelz für **BÜRGERNÄHE**. „Keiner geht davon aus, dass das Gymnasium bei der notwendigen Sanierung „goldene Türklinken bekommt“. Wenn sich während der Bauarbeiten jedoch unerwartete Mängel ergeben, kann man die Bauarbeiten nicht einfach stoppen!“

BÜRGERNÄHE ist gegen einen dauerhaften Teilstandort des Max-Planck-Gymnasiums am Standort der ehemaligen Gutenbergschule.

In der heutigen Zeit einer Schule mittel- oder langfristig die schon schweren Arbeitsbedingungen noch schwerer zu machen, wäre eine Schande. Bei einem Anbau geht es um die Summe von 1,85 Millionen Euro. Im Strassenbau sowie bei Renommeegebäuden wird im Gegensatz zu notwendigen Investitionen in Schule und Bildung nicht lange um kostengünstigere oder sogar nachhaltigere Lösungen nachgedacht.

Wir möchten, dass jetzt zügig mit der Sanierung des Max-Planck-Gymnasiums begonnen wird und die Containerlösung schnellstens ein Ende hat.

Der zusätzliche gymnasiale Bedarf aufgrund der erfreulich steigenden SchülerInnenzahlen auf dem Weg zum Abitur sollte nicht durch neue Dependancen, sondern durch eine Reform der Bielefelder Schullandschaft insgesamt gedeckt werden. Die Hauptschulen sind auch in Bielefeld ein Auslaufmodell. Deshalb plädieren wir, statt der Erweiterung einzelner Gymnasien, für die Gründung neuer integrativer Schulen.

Eine solche Strategie löst nicht nur einseitig die Raumprobleme an den Bielefelder Gymnasien, sondern bietet die Chance für eine qualitative Verbesserung der Bielefelder Schullandschaft insgesamt.

Nachruf

Am 3. November 2008 verstarb plötzlich und völlig unerwartet unser Geschäftsführer
Franz-Josef Drejza.

Franz-Josef hat durch sein großes menschliches Verständnis, sein Engagement für unsere politischen Ziele, die Geschäftsführung der Ratsgruppe sowie durch seine persönliche Unterstützung für jeden von uns einen besonderen Stellenwert gehabt. Er hat sich insbesondere gegen die Harz-IV-Gesetze und deren negative Auswirkungen auf Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Familien mit Kindern eingesetzt.

In unserer Trauer sind wir voller Dankbarkeit dafür, dass wir ihn hatten

Die Ratsgruppe **BÜRGERNÄHE**



Ratsgruppe Bürgernähe: Ihre bürgernahe Vertretung im Bielefelder Stadtrat

Wir Mitglieder im Rat der Stadt setzen uns für mehr direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an städtischen Planungen und kommunalen Entscheidungen ein. Deshalb fördern wir das Engagement in BürgerInnen-Initiativen.

Mit den Bielefelder Bürgerinitiativen arbeiten wir aktiv für die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in unserer Stadt und zum Schutz der Natur. Gemeinsam wollen wir eine weitgehend lärm- und verkehrsberuhigte Bielefelder Innenstadt. Wir fordern u.a. sowohl für die Detmolder als auch für andere Straßen Gleichrangigkeit für Fußgänger, Radfahrer und die Stadtbahn. Wir sind für einen Stopp der Planungen für die L712n und gegen einen Ausbau der Herforder und Grafenheider Straße.

Wir fordern mehr Information und Beteiligung in der Bielefelder Kommunalpolitik!

Liste der Bielefelder Bürgerinitiativen:

„Initiativen für ein lebenswertes Bielefeld (ILBI)“

Bernd Jürgens-Samm, bejs@gmx.de.

J.Schaaber, jschaaber@compuserve.de

„Bürgerinitiative L 712 NICHT SO e.V.“

Ulf Blumenstock, tel. 0521-761247, udinbl@t-online.de

„Bürgerinitiative Brake-Grafenheide & Johannisbachau“

Katrin Laker, tel. 0521-771255, www.johannisbachau.de

BürgerInneninitiative "SICHERE Detmolder Straße"

Rita Stuke, Königsbrücke 12, 33604 Bielefeld

Information im Internet: www.detmolderstrasse.de

Kontakt-E-Mail: info@detmolderstrasse.de

„BI gegen B66n Verein für den Erhalt und die Förderung von Lebensqualität in Bielefeld e.V.“

Gerd Bobermin, Tel.:0521- 9687613

"Netzwerk Tierrechte OWL"

Postfach 21 91 38, 33697 Bielefeld, info@tierrechte-owl.de

"Initiative Schutz der Sennedünen"

M. Wennemann, Ralf Fehring, tel. 0521-403429, foffing@gmx.de

„Bürger für Ummeln e.V.“

Karola Kornfeld-Mattusch, tel. 0521-150690

Bürgerinitiative "STOP FLUGPLATZBAU"

Hans-Joachim Ludwig, Tel. 0521-401333

Bürgerinitiative "Saubere Luft im Westen von Brake"

Rainer Rupprecht Tel. 0521- 761597

Bürgerinitiative Lange Lage "BiLL e.V."

Schloßhofstr. 201, 33615 Bielefeld, bill@langelage-bielefeld.de

Sprechen Sie uns an!



BÜRGERNÄHE

Wählergemeinschaft für Bielefeld e. V.

Gruppe im Rat der Stadt Bielefeld

Altes Rathaus

Niederwall 25

33602 Bielefeld

Tel.: 0521-515077

Fax: 0521-518046

Email:

buergernaeh-ratsgruppe@bielefeld.de

Internet:

www.buergernaeh.de

***Wir brauchen auch Ihre
Unterstützung!***

Werden auch Sie mit uns aktiv!

***Fordern auch Sie mehr
Bürgerbeteiligung!***